

Beschluss des Schleswig-Holstein-Tages am 03. und 04. November 2012

„Die CDU in der Stadt“

Einleitung

Bei der vergangenen Landtagswahl am 6. Mai 2012 gelang es der CDU nur knapp stärkste politische Kraft in Schleswig-Holstein zu bleiben. Das historisch schlechte Wahlergebnis von 2009 wurde sogar noch unterschritten und mit 30,8% das schwächste Zweitstimmenergebnis seit über 60 Jahren. Sämtliche CDU-Abgeordnete sind dabei durch den Gewinn eines ländlichen Wahlkreises direkt in den Schleswig-Holsteinischen Landtag eingezogen. Im Vergleich zu vorangegangenen Wahlen konnte kein einziger Wahlkreis in den kreisfreien Städten errungen werden. Somit ist die CDU auch nicht durch Abgeordnete aus diesen Städten im Parlament vertreten. Die andauernde Schwäche der CDU in urbanen Gebieten hat sich mit dieser Wahl einmal mehr verfestigt.

Knapp eine Million Schleswig-Holsteiner wohnen in den 12 größten Gemeinden unseres Landes mit mehr als 30.000 Einwohnern. Die CDU konnte dabei in lediglich zwei dieser Städte – Ahrensburg und Itzehoe - einen Vorsprung im Erst- und Zweitstimmergebnis vor der SPD behaupten. Auch in den teilweise schon deutlich ländlicher geprägten Gemeinden ab 10.000 Einwohnern gelang es der CDU nur in 20 von 55 Gemeinden vor der SPD zu liegen. Die CDU hat demnach also ein erkennbares Problem, Wähler in den urbanen Gebieten unseres Landes zu gewinnen, das sich bei weitem nicht mehr alleine auf die großen Kreisfreien Städte beschränkt, sondern schon weit in den ländlichen Raum hinein ragt. Ohne Umkehr dieses bereits fortgeschrittenen Trends, wird es der CDU zukünftig nicht mehr gelingen, als Volkspartei in Schleswig-Holstein zu bestehen und eine nachhaltige Regierungsperspektive zu erhalten.

Die Bedürfnisse der Stadt

Seit jeher spielen Städte in unserer Gesellschaft eine besondere Rolle. Sie sind Schwerpunkt gesellschaftlichen, wirtschaftlichen und kulturellen Lebens sowie Motor für Innovation und Entwicklung. Städte stellen dabei in aller Regel nicht nur einen Großteil der Arbeitsplätze sondern auch einen erheblichen Anteil der Infrastruktur zur Verfügung, von der auch das Umland in erheblichem Umfang profitiert.

33 Die großen Städte und der ländliche Raum haben sich in den vergangenen Jahren und Jahrzehnten
34 sehr unterschiedlich entwickelt. Die CDU hat diese Entwicklung bisher nicht ausreichend
35 Rechnung getragen, sondern sich zu einseitig als Interessenvertreter des ländlichen Raumes
36 gesehen.

37

38 Die entstandenen Widersprüche zwischen Stadt und Land aufzubrechen, muss die CDU die
39 unterschiedlichen Belange der urbanen Räume verinnerlichen und Stadt und Land stärker als
40 bisher als eine Einheit gegenseitiger Abhängigkeit begreifen. So ist in den Städten der Anteil von
41 Singlehaushalten, Haushalten mit zwei Erwerbstätigen, Arbeitslosen und Migranten signifikant
42 höher als auf dem Land. Hierdurch ergeben sich zwangsläufig auch andere Bedürfnisse.

43

44 Städte stellen einen Großteil der öffentlichen Infrastruktur in schulischen, kulturellen Bereichen
45 und im Nahverkehr zur Verfügung, der sie über die Grenzen ihrer eigentlichen Leistungsfähigkeit
46 belastet und erhebliche Defizite in ihren Haushalten aufgeworfen hat. Die Städte brauchen daher
47 nicht nur eine spürbare Unterstützung des Landes bei der Konsolidierung ihrer Haushalte, sondern
48 darüber hinaus auch eine höhere Vergütung für die Bereitstellung öffentlicher Güter und
49 Infrastruktur durch die umliegenden Kommunen.

50

51 Das veränderte Familienbild und die Notwendigkeit eines höheren Beschäftigungsanteils von
52 Frauen und Müttern macht es zwingend erforderlich, das Angebot von
53 Kinderbetreuungsmöglichkeiten auszubauen und die Vereinbarkeit von Familie und Beruf zu
54 stärken. Dies gilt für den dringend benötigten Ausbau von KiTa- und Krippenplätzen wie auch für
55 den gezielten Ausbau und die finanzielle Förderung von Ganztagsschulangeboten. In sozialen
56 Brennpunkten sollten diese verpflichtend sein.

57

58 Hohe Kriminalitätsraten sind neben den vielen Ausgaben durch die hohe Anzahl von
59 Leistungsbeziehungen und die soziokulturellen Unterschiede die Problematiken der Stadt. Auch in
60 Zeiten knapper Kassen darf die Politik diese Probleme nicht ignorieren, da dadurch in Zukunft weit
61 höhere Kosten entstehen werden/würden. Dies schließt auch speziell für Städte konzipiertes
62 sicherheits- und ordnungspolitisches Konzept ein, welches die besonderen Sicherheitsbedürfnisse
63 der Stadt berücksichtigt.

64

65 Die Junge Union Schleswig-Holstein fordert daher:

- 66 • Eine konditionierte Unterstützung durch das Land zur Konsolidierung der
67 städtischen Haushalte

- 68
- 69
- 70
- 71
- 72
- 73
- 74
- 75
- 76
- Eine gerechtere Lastenverteilung bei der Bereitstellung von Infrastruktur zwischen Stadt und Land und Kommunen.
 - Der Ausbau von KiTa- und Krippenplätzen muss wie im bisherigen Maße gefördert werden.
 - Ein gezielter und vorrangiger Ausbau von Ganztagschulen in urbanen Regionen
 - Eine stärkere Unterstützung der Städte bei der Schaffung von Arbeitsplätzen. Für jede Stadt die Entwicklung eines eigenen Konzeptes zur Vereinbarkeit von Natur- und Umweltschutz mit den Belangen der Stadt.
 - Eine Aufstockung der Mittel für die innere Sicherheit.

77

78

79 **Die „Kampagne Stadt“**

80 Um zukünftig mehr Wählerstimmen in städtischen Gebieten zu gewinnen, bedarf es nicht alleine
81 einer inhaltlichen Veränderung der Landespartei an sich, sondern auch einem neuem
82 Erscheinungsbild und einer anderen Art des Wahlkampfes vor Ort. Die CDU braucht einen speziell
83 auf die Belange der Städte abgestellten Wahlkampf.

84

85 Die räumliche Nähe und deutlich bessere Verkehrsinfrastruktur ermöglicht es, die Parteiarbeit in
86 der Stadt auch außerhalb der Walkämpfe basisdemokratischer und mitgliederoffener zu gestalten,
87 als dies in ländlichen Gebieten möglich wäre. Eine Öffnung von Veranstaltungen für
88 Nichtmitglieder könnte die Unterstützerbasis der CDU vergrößern und helfen die Partei breiter in
89 der Gesellschaft zu verwurzeln. Die CDU muss daher verstärkt neue Veranstaltungsformen, wie
90 nutzen und diese gemeinsam mit den offenen Kanälen vor Ort besser vermarkten.

91

92 Die städtischen Verbände müssen Vorreiter bei der Nutzung neuer Medien werden und stärker als
93 bisher die Chancen des Internets nutzen, um ein moderneres Image zu erarbeiten. Allzu häufig
94 haben die Stadtverbände der CDU ein grundsätzliches Imageproblem und geben einen besonders
95 veralteten und wenig fortschrittlichen Gesamteindruck ab. Dies ist auf Grund des kleineren
96 konservativen Milieus und der generell jüngeren und liberaleren Wählerschicht in der Stadt ein
97 großes Problem. Die Stadtverbände müssen daher attraktiver für Externe und Quereinsteiger
98 werden und vor allem junge Mitglieder fördern. Durch die Hochschulen unseres Landes zieht es
99 viele junge Menschen zum Studium in die Städte. Die CDU muss sich stärker um die Ansprache und
100 Werbung von Studenten bemühen. Dies hat dann auch positive Auswirkungen für die
101 Mitgliederstruktur des ganzen Landes.

102

103 Sind die CDU Mitglieder in den ländlichen Regionen häufig noch durch das gesellschaftliche Leben
104 und zusätzliches ehrenamtliches Engagement in den wichtigen vorpolitischen Raum integriert, so
105 ist dies in den urbanen Regionen weniger der Fall. In vorpolitischen Vereinigungen des sozialen
106 und kulturellen Bereiches, die in Städten von besonderer Bedeutung sind, hat die CDU nahezu kein
107 Gewicht und somit auch keine politische Meinungsführerschaft. Hier bedarf es mehr freiwilliges
108 Engagement der Funktionsträger und Mitglieder vor Ort.

109

110 Gerade in städtischen Gebieten mit einem hohen Anteil von Menschen mit Migrationshintergrund
111 muss sich die CDU stärker engagieren als bisher um deren Unterstützung bemühen.

112

113 Der Wahlkampf in der Stadt muss sich auch in Dauer und Intensivität von dem in ländlichen
114 Regionen unterscheiden. Die CDU muss auch außerhalb der heißen Wahlkampfphase permanent
115 für ihre Inhalte werben.

116

117 Die Junge Union Schleswig-Holstein fordert daher von der CDU:

118

- Einen speziellen „Wahlkampf-Stadt“
- Neue, interaktive Veranstaltungsformen
- Eine Öffnung der Parteiveranstaltungen
- Einen stärkeren Einsatz neuer Medien
- Eine stärkere Einbindung junger Mitglieder in Parteiämter, Arbeitsgruppen sowie in die Arbeit und Aufgaben der Partei
- Mehr junge Direktkandidaten für Landtags- und Bundestagswahlen
- Ein stärkeres ehrenamtlich-gesellschaftlicheres Engagement der Mitglieder vor Ort
- Stärkere Einbindung der Wählergruppe der Menschen mit Migrationshintergrund
- Eine stärkere Plakatierung und öffentliche Wahrnehmung der Partei auch außerhalb der Wahlkampfzeit

129

130 **Der Stadtverband**

131 Die vier CDU-Verbände der kreisfreien Städte befinden sich in einem Dilemma. Zum einen obliegt
132 es ihnen den komplexeren Problemen und der heterogeneren Wählerschicht in urbanen Regionen
133 gerecht zu werden, zum anderen haben sie Probleme mit einer veralteten Mitgliederbasis und
134 schrumpfenden finanziellen Ressourcen. Erschwerend kommt hinzu, dass sie nicht direkt durch
135 Abgeordnete im Schleswig-Holsteinischen Landtag vertreten sind. Lediglich Flensburg und
136 Neumünster sind bedingt durch einen Abgeordneten des Nachbarverbandes im Bundestag
137 vertreten. Lübeck und die Landeshauptstadt Kiel sind hingegen überhaupt nicht vertreten. Dies

138 schmälert nicht nur den finanziellen Handlungsspielraum der Stadtverbände, sondern kostet sie
139 vor allem politische Aufmerksamkeit, die durch kommunalpolitische Köpfe vor Ort nicht
140 aufgefangen werden können.

141

142 Junge Mitglieder in Studium und Ausbildung müssen geworben und aktiv eingebunden werden,
143 damit auch der gesamte Landesverband davon profitiert.

144

145 Die CDU braucht eine Kultur der Solidarität zwischen Stadt und Umland, die sich nicht nur in
146 Unterstützungsbekundungen, sondern auch tatsächlicher personeller wie sachlicher
147 Unterstützung äußern muss.

148

149 All diese Vorhaben sind nichts wert, ohne parteipolitische Kontrolle und Mandat. Eine
150 stadtpolitische Vereinigung mit einem kompetenten Vertreter an der Spitze könnte dabei helfen,
151 das Bewusstsein in der Landespartei für den urbanen Raum zu stärken und als Grundproblem der
152 Partei zu begreifen. Diese Vereinigung hat auf jedem Landesparteitag einen Rechenschaftsbericht
153 über den Fortschritt der bereits eingerichteten – aber nicht wahrnehmbaren – AG Stadt
154 vorzulegen.

155

156 Die Junge Union Schleswig-Holstein fordert daher von der CDU:

- 157 • Eine verstärkte Förderung der CDU nahestehenden hochschulpolitischen
158 Vereinigungen
- 159 • Eine politische Initiative für eine neues Wahlrecht mit Mehrpersonenwahlkreisen
- 160 • Eine aktive Mitgliederwerbung und Förderung von Schülern, Studenten und
161 Auszubildenden
- 162 • Einen allgemeinen für Studenten und Schüler attraktiven Mitgliedsbeitrag
- 163 • Eine Kultur der Solidarität zwischen Stadt- und Landesverbänden schaffen, die sich
164 auch in personeller und sachlicher Unterstützung im Wahlkampf äußert